

Schlanker Staat, starker Standort: Landtag verpasst Chance für Bürokratie-Abbau

Liechtenstein ist das Land der kurzen Wege. Das soll man auch in Verfahren und Regeln spüren. Damit das so bleibt, müssen wir verhindern, dass überbordende Komplexität zum Bremsklotz für Innovation und Wachstum wird.

Genau hier hat sich die FBP-Fraktion im März-Landtag eingebracht. Nicht mit dem Ruf nach Qualitätsverlust, sondern mit dem Anspruch, Reibungsverluste zu reduzieren und Verfahren praxistauglicher zu machen. Das Postulat «Bürokratieabbau als Standortfaktor» war der Auftakt unseres 4-Punkte-Programms: Unnötigen Ballast loswerden, KMU entlasten, staatliche Strukturen modernisieren.

Die Wettbewerbsfähigkeit Liechtensteins hängt zunehmend an der Effizienz der Verwaltung und der Klarheit des Rechtsrahmens. Doppelspurigkeiten, aufwändige Dokumentationspflichten und unübersichtliche Abläufe kosten Zeit und Geld und verzögern Projekte. Gerade KMU trifft das hart, weil sie weniger Reserven für administrative Zusatzrunden haben.



Lino Nägele ist überzeugt: «Bürokratieabbau ist keine einmalige Übung, sondern eine Daueraufgabe.»

Es geht nicht darum, Standards abzusenken, sondern um ausgediente Prozesse und Formulare, die dieselben Daten mehrfach verlangen. Einen schlechten analogen Prozess 1:1 zu digitalisieren, macht ihn nicht besser. Liechtenstein soll auch administrativ ein Land der kurzen Wege bleiben.

In der Debatte wurde unser Vorstoss wegen seines Umfangs

kritisiert. Wir nehmen das ernst. Gleichzeitig bleibt der Kern: Bürokratie kostet täglich – draussen in den Betrieben und bei der Bevölkerung. Bürokratieabbau ist ein pragmatischer Hebel mit Wirkung.

Bemerkenswert war die Dynamik im Hohen Haus: Die DpL lehnte unser Postulat geschlossen ab, liess aber direkt im nächsten Traktandum eine eigene Interpel-

lation zur KMU-Entlastung überweisen und dies mit einer Stossrichtung, die in einigen Fragen fast deckungsgleich war. Das illustriert die bisweilen widersprüchliche Taktik im Landtag.

Bürokratie darf nicht zum Bremsklotz für Fortschritt werden.

Lino Nägele, Landtagsabgeordneter

Unser Postulat wollte einen evidenzgestützten Überblick schaffen, Massnahmen aufzeigen und Fortschritt messbar machen – in sechs Handlungsfeldern von Prozessoptimierung bis Governance. Schon 2016 zeigte die Leistungsanalyse: Ohne Transparenz diskutiert man im Nebel. Die Finanzplanung 2026–2029 zeigt, dass der Druck steigt.

Dass der Landtag das Postulat nicht überwiesen hat, ist eine verpasste Chance. Doch das Optimierungspotenzial ist erkannt. Wir bleiben dran – Bürokratieabbau ist keine einmalige Übung, sondern eine Daueraufgabe.

Autismuspolitik braucht Entscheidungen – keine zusätzlichen Prozesse

Die Postulatsbeantwortung der Regierung anerkennt den Handlungsbedarf im Bereich Autismus, bleibt aber unkonkret. Familien brauchen endlich direkte Unterstützung ohne Umwege.

Die Beantwortung des Postulats macht eines deutlich: Die Zahl der Kinder mit Autismus steigt, viele Familien stehen unter grosser Belastung, und frühe Unterstützung ist für die Entwicklung der betroffenen Kinder zentral. Gleichzeitig zeigt sich, dass das bestehende System weiterhin komplex und stark bürokratisch organisiert ist. Für betroffene Familien ist nicht entscheidend, welche Stellen miteinander koordinieren. Vielmehr brauchen sie raschen Zugang zu wirksamen Leistungen und eine verlässliche Finanzierung der notwendigen Unterstützung.

Der Bericht fasst vieles zusammen, was bereits bekannt ist, lässt aber zentrale Fragen offen:

Weshalb fehlen belastbare Datengrundlagen? Weshalb werden bestehende Angebote nur unvollständig dargestellt? Und wes-

Familien brauchen Hilfe – nicht noch mehr Hürden.

Franziska Hoop, Landtags-Vizepräsidentin

halb beschreibt ein Bericht nach über einem Jahr vor allem den Ist-Zustand, statt konkrete Verbesserungen aufzuzeigen?

Besonders deutlich treten die Widersprüche beim Thema Finanzierung zutage. Der Bericht anerkennt selbst, dass Fallzahlen steigen, frühe Intervention entscheidend ist und Eskalationen hohe Folgekosten verursachen. Dennoch bleibt das Finanzierungssystem kompliziert und für viele Betroffene schwer nachvollziehbar. Für Familien bedeutet das vor allem Verzögerungen –



Franziska Hoop verspricht: «Die FBP-Fraktion wird dieses Thema konsequent weiterverfolgen, bis Lösungen umgesetzt sind, die betroffenen Familien im Alltag spürbar entlasten.»

in einer Phase, in der Zeit besonders wertvoll ist. Frühe Intervention ist wirksam, aber sie braucht die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen. Wer um die Bedeutung früher Unterstützung weiss, muss auch die strukturellen Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Neue Arbeitsgruppen allein werden diese Herausforderungen

nicht lösen. Entscheidend ist vielmehr, welche Priorität diesem Thema tatsächlich eingeräumt wird und ob daraus konkrete politische Entscheidungen folgen.

Die FBP-Fraktion wird dieses Thema konsequent weiterverfolgen, bis Lösungen umgesetzt sind, die die betroffenen Familien im Alltag spürbar entlasten.

Kommentar

Daniel Salzgeber
Landtagsabgeordneter



Die Maske der DpL ist gefallen

Die jüngste Landtagsdebatte zum EU-Migrations- und Asylpakt hat das wahre Gesicht der DpL gezeigt. Ihr ging es nicht um eine sachliche Diskussion über eine mögliche Teilnahme Liechtensteins am Solidaritätsmechanismus. Stattdessen wurde versucht, Liechtenstein aus jeder Form von menschlicher Solidarität herauszuhalten. Die Idee dahinter: zahlen statt Verantwortung übernehmen. Eine reine «Scheckbuch-Solidarität», bei der sich unser Land gewissermassen freikaufte.

Dieses Verständnis teile ich nicht. Solidarität bedeutet, im Rahmen unserer Möglichkeiten Verantwortung zu tragen. Genau darum ging es in dieser Vorlage: nicht um eine automatische Teilnahme am Solidaritätsmechanismus, sondern lediglich darum, überhaupt die rechtliche Möglichkeit zu schaffen, später eigenständig darüber entscheiden zu können.

Besonders problematisch: Während Thomas Rehak im Hohen Haus versuchte, die wahren Motive hinter juristischen Formulierungen zu verstecken, fielen auf Social Media alle Hemmungen. Die pauschalen Warnungen des DpL-Abgeordneten Martin Seger vor «Massenvergewaltigungen» und «Messer Gewalt» durch bestimmte Nationalitäten sind äusserst bedenklich. Eine solche Stigmatisierung ganzer Volksgruppen verlässt den Boden einer sachlichen Auseinandersetzung und widerspricht unseren humanitären Grundwerten.

Umso erstaunlicher ist diese Dramatisierung angesichts der Fakten: Es geht in der Praxis um eine mögliche Aufnahme von rund 9 bis 10 Personen pro Jahr. Daraus einen «Sicherheitskollaps» abzuleiten, ist unbegründet. Zudem profitiert Liechtenstein erheblich vom Dublin-System, das durch den neuen Pakt gestärkt wird. Wer dies wissentlich ausblendet, führt die Diskussion nicht aufrichtig.

Der Landtag hat diesen Kurs der sozialen Kälte zu Recht mit deutlicher Mehrheit abgeschmettert. Liechtenstein bleibt ein verlässlicher Partner in Europa, der flexibel und eigenverantwortlich entscheidet. Die DpL hingegen hat gezeigt, dass sie bereit ist, mit Irreführung und mit dem Schüren von Ängsten Kapital zu schlagen. Das ist keine Politik für Liechtenstein, das ist ein Bruch mit der politischen Sachlichkeit und ein Angriff auf den Anstand.